



Thomas Sliwka
Ausschussvorsitzender

Bruchköbel, 26.01.2017

Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	1/2017
Datum	Dienstag, den 17.01.2017
Sitzungsdauer	19:30 Uhr bis 22:10 Uhr
Ort	Stadtverordnetenversammlungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Sliwka, Thomas (CDU)

Anwesende:

stellv. Ausschussvorsitzende Pauly, Monika (SPD)
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)
Ausschussmitglied Blum, Oliver (GRÜNE)
Ausschussmitglied Hormel, Harald (BBB)
Ausschussmitglied Kitzmann, Alexander (CDU)
Ausschussmitglied Lauterbach, Katja (FDP)
Ausschussmitglied Ließmann, Peter (SPD)
Ausschussmitglied Ochs, Reiner (CDU)
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)
Ausschussmitglied Spachovsky, Ralf (CDU)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Pastor, Josef (SPD)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)
Stadtverordnete Blum-Schwarzer, Nicole (CDU)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)

Stadtverordneter Zeitler, Nicholas (CDU)

entschuldigt:

Ausschussmitglied Grosse, Andrea (CDU)
Ausschussmitglied, Broschowsky, Klaus Dieter
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Schriftführer Opalla, Dieter

Schriftführer:

stellv. Schriftführer Brede, Jens

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2016
2. Stellenplan 2016 (DS-157/2015)
3. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Digitales Bruchköbel (DS-265/2016)
4. Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden (DS-99/2016)
5. Stellenplan der Verwaltung für 2017 (DS-238/2016)
6. Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 (DS-239/2016)
7. Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020 (DS-240/2016)
8. Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020 (DS-241/2016)
9. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 (DS-242/2016)
10. Verschiedenes

Protokoll

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Einladung zur Sitzung ist fristgerecht erfolgt. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

öffentliche Sitzung

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2016
----	---

Nachdem keine schriftlichen Einwendungen vorliegen und auch auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden keine mündlichen Einwendungen vorgebracht werden, gilt die Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2016 als genehmigt.

TOP 2.	DS-157/2015	Stellenplan 2016
--------	-------------	------------------

Stadtverordneter Ließmann trägt vor, dass es sich dann natürlich auf den Stellenplan 2017 bezieht. Der Antrag soll im HFA bleiben, um ihn mit den anderen Anträgen beraten zu können.

Es gab keine Einwendungen dagegen.

TOP 3.	DS-265/2016	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Digitales Bruchköbel
--------	-------------	--

Stadtverordneter Ringel bittet den Antrag im HFA zu belassen.

Es gab keine Einwendungen dagegen.

TOP 4.	DS-99/2016	Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden
--------	------------	---

Stadtverordneter Ringel bittet auch diesen Antrag im HFA zu belassen, aufgrund der langen Tagesordnung.

Zudem sollte sich ja auch die SPD-Fraktion dazu äußern. Stadtverordneter Ließmann teilt mit, dass er diese Vorlage weltgeschichtlich für überholt ansieht. Die Vorlage sollte zurückgezogen werden.

Es gab keine Einwendungen die Vorlage im HFA zu belassen.

TOP 5.	DS-238/2016	Stellenplan der Verwaltung für 2017
--------	-------------	-------------------------------------

Stadtverordnete Braun fragt an, welche Aufgaben für die Schaffung der IT-Stelle vorgesehen sind. Weiterhin geht man auf die Umwandlung der Beamtenstelle ein und fragt, ob sich dadurch weniger Personalkosten für die Kommune ergeben. Außerdem möchte man wissen, warum und seit wann Beamtenstellen mit Angestellten besetzt werden und weshalb eine Umwandlung erst jetzt erfolge. Werden diese unbesetzten Beamtenstellen, wenn Sie umgewandelt sind, mit Angestellten besetzt?

Der Bürgermeister erläutert, dass der Aufgabenumfang im Bereich der EDV in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sei und dies auch weiterhin tun wird. Ebenfalls hat die Organisationsanalyse ergeben, dass eine Stelle für die vorhandenen EDV- Arbeitsplätze zu wenig seien. Eine zusätzliche Stelle werde daher benötigt. Es sei nicht vorgesehen eine der umgewandelten Beamtenstellen für diese Aufgabe zu nutzen.

Ob eine Einstellung eines Beamten oder Angestellten in Bezug auf Personalkosten günstiger sei, kann nicht beantwortet werden. Dazu gäbe es auch unterschiedliche Berechnungsmodelle. Teuer werde es aber, wenn ein Beamter vorzeitig in den Ruhestand versetzt werde. Dann träge der Dienstherr die Kosten für die Versorgung und die Einsatzkraft. Zwei Beamtenstellen seien seit 2001 bzw. 2002 mit Angestellten besetzt. Eine Umwandlung der Stellen erfolgte damals nicht. Aktuell sei eine eventuelle Wiederbesetzung der Stellen mit Beamten nicht geplant – daher die Umwandlung der Stellen. Bei den unbesetzten Beamtenstellen ist nicht vorgesehen diese zu besetzen. Kann aber bei Bedarf erfolgen.

Der Top wird im Ausschuss belassen.

TOP 6.	DS-239/2016	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020
--------	-------------	---

Stadtverordneter Baier fordert bei den einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen eine Erläuterung. Weiterhin wird um Erläuterung der Ursachen der Altfehlbeträge aus Vorjahren gebeten (§24 Abs. 4 GemHVO). Der Bürgermeister sagt zu, dies nachzureichen.

Der Top wird im Ausschuss belassen.

TOP 7.	DS-240/2016	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020
--------	-------------	---

Es gab keine Wortmeldungen.

Der Top wird im Ausschuss belassen.

TOP 8.	DS-241/2016	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020
--------	-------------	--

Es gab keine Wortmeldungen.

Der Top wird im Ausschuss belassen.

TOP 9.	DS-242/2016	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
--------	-------------	---

Der Bürgermeister erläutert, dass sich zahlreiche Veränderungen bei den Ansätzen im Personalbereich ergeben haben. Diese resultiert zum größten Teil aus den Stellenverschiebungen im Stellenplan. Die Änderungen erfolgten aufgrund der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und dem Ergebnis der Verwaltungsanalyse. Weiterhin sind die Ansätze in der Inneren Leistungsverrechnung aus dem Jahr 2016 fortgeschrieben worden. Die Kostenrechnung wurde ab dem 01.01.2017 eingeführt. Eine Aufteilung der Kosten ist noch in Arbeit und erfolgt im Laufe des 1. Halbjahres 2017. Sobald die Aufteilungsschlüssel endgültig exakt ermittelt sind, werden diese im Haushalt eingearbeitet. Dies erfolgt dann für den Haushalt 2018.

Stadtverordneter Ringel widerspricht der Aufforderung, dass man alle Fragen der Verwaltung vor der Sitzung zukommen lässt.

Stadtverordneter Reholz bemängelt, dass keine Erläuterungen im Haushalt vorhanden sind. Weiterhin wird nachgefragt, ob dies die endgültigen Jahresabschlusszahlen 2015 sind. Der Bürgermeister antwortet, dass dies die anderen Kommunen ebenfalls so praktizieren und dies auch ein Ergebnis aus der Organisationsuntersuchung war. Die Jahresabschlusszahlen sind alle vollständig.

Stadtverordnete Braun möchte wissen, wann die Ergebnisse der Organisationsanalyse den Stadtverordneten vorgestellt werden. Der Bürgermeister antwortet darauf, dass diese dem Magistrat bereits mitgeteilt worden sind. Man befindet sich gerade in der Umsetzungsphase und es werden noch Workshops veranstaltet. Eine Vorstellung soll im ersten Halbjahr 2017 erfolgen.

Stadtverordneter Reholz fragt an, ob man demnach nur nach dem ordentlichen Ergebnis schauen sollte, wenn die interne Leistungsverrechnung aus dem Vorjahr fortgeschrieben wurde. Herr Brede antwortet, dass man das so machen sollte. Nur in den 2 Produkten der Gebührenhaushalte (Abfallwirtschaft und Kanalisation) sind die inneren Verrechnungen schon korrekt ermittelt worden.

Der Vorsitzende Sliwka schlägt vor Produktweise vorzugehen, um dann die entsprechenden Fragen zum Haushalt stellen zu können.

Die Fraktion BBB stellt die Frage, warum die Personalaufwendungen für die Betreuung städtischer Gremien (Produkt 01111020) von 360.000 € nun nur noch 202.000 € betragen.

Antwort: Die Personalkosten fallen niedriger aus, da drei Stellen (EG12, EG8 und EG6) dem Produkt 06361010 Betreuung von Kindertagesstätten zugeordnet worden seien.

Die Fraktion BBB stellt die Frage, warum ein deutlicher Rückgang der Personalkosten im Bereich Zentrale Servicedienste (Produkt 01111030) zu verzeichnen sei und welche Personalverschiebungen vorgenommen wurden.

Die Antwort lautete, dass zwei Stellen nach Entgeltgruppe 5 und eine Stelle nach Entgeltgruppe 2 mit den entsprechenden Personalkosten in das Produkt Facility Management verschoben wurden.

Stadtverordneter Baier stellt die Frage, warum die Personalaufwendungen in 2015 von 8.734,18 € auf 2016/2017 mit 617,00 € im Bereich Personalvertretung (Produkt 01111110) gesunken seien und um welche Personalaufwendungen es sich handle.

Des Weiteren wird die Frage gestellt, ob es keinerlei Zuwendungen für die Personalratsarbeit gäbe. Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass für den Personalrat 7.000,00 € auf 01111020/68600000 zur Verfügung gestellt wurden, da der Personalrat selbst die Veranstaltungen nicht mehr organisiert habe.

Die Restsumme wird für Geschenke, Gutscheine und Präsente verwendet.

Stadtverordnete Braun stellt, im Bezug auf die Stadtmarketing GmbH, die Frage, ob im Bereich EDV die Sach- und Dienstleistungen nicht weniger werden sollten, da eine neue Stelle in diesem Bereich geschaffen werde?

Des Weiteren wird die Frage gestellt, in was, trotz des geplanten Neubaus, investiert werden soll. Laut Investitionsprogramm sind hier 65.000 € für Software- und Lizenzkosten und 44.000 € für EDV Anlagen und GWG's veranschlagt.

Die Antwort lautet, dass die EDV-Stelle benötigt wird, um einen reibungslosen Arbeitsablauf in der Administration zu gewährleisten. Dies habe nichts mit der Stadtmarketing GmbH zu tun. Die Sach- und Dienstleistungen betreffen im Wesentlichen die Pflege und Benutzung der Software. Auch hier ist mit steigenden Kosten im Vergleich zum HHJ 2015 zu rechnen.

Weiterhin werden Kosten für die Digitalisierung des Sitzungsdienstes (Tablets Stavo) anfallen.

Die Lizenzkosten für die Software sind für alle Anwender im Rathaus.

Aufgrund der immer wachsenden digitalen Daten muss eine permanente Erweiterung der EDV Anlage erfolgen, wie beispielsweise neue Server, Hardware für Gewährleistung der Ausfallsicherheit. Weiterhin muss die Verwaltung sich auf das Thema E-Rechnung vorbereiten, welches der Gesetzgeber ab dem Jahr 2019 verlangt. Auch hier werden entsprechende Kosten anfallen.

Stadtverordnete Braun stellt die Frage, wie es zur Verdreifachung der Entgelte für Ordnungswidrigkeiten im Jahr 2017 komme.

Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass die für das Haushaltsjahr 2016 geplante Anschaffung einer Geschwindigkeitsmessaanlage realisiert werden solle. Mit dieser Anlage werde die seit mehreren Jahren nicht mehr funktionsfähige Anlage ersetzt. Mit dem Einsatz einer neuen Geschwindigkeitsmessaanlage ist anzunehmen, dass die Einnahmen aus der Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen selbst dann noch deutlich steigen. Weiterhin sollen die Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei die Überwachung des ruhenden Verkehrs intensivieren. Auch hierbei könne mit erhöhten Einnahmen gerechnet werden.

Es folgte eine rege Diskussion über die Ansatzhöhe.

Stadtverordneter Ringel fragt an, ob die Anschaffung nicht ins Haushaltsjahr 2017 gehört. Der Bürgermeister antwortet, dass wenn der Haushalt 2016 genehmigt wird, die Mittel von 2016 nach 2017 übertragen werden und dann die Investition getätigt werden kann. Selbst wenn die Anschaffung noch Mitte des Jahres passiert, sei man optimistisch, dass man die Planzahlen erreichen kann.

Stadtverordneter Baier wirft ein, dass es unmöglich sei, dass laut Produktbeschreibung „sämtliche Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten für die gesamte Verwaltung“ enthalten seien.

Zu Erschließungsbeitragsberechnungen, Personalsachen etc. werden ständig Verfahren und Beratungen durch Rechtsanwälte geführt, die Kosten im fünfstelligen oder sechsstelligen Bereich verursachen müssen. Es wird um Begründung gebeten.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Beschreibung anzupassen sei. Insbesondere fallen im Bereich Straßenbeiträge, Bauverwaltung und Personalverwaltung in der Regel keine hier relevanten Rechnungen an – diese laufen in den jeweiligen Fachverwaltungen auf.

Stadtverordnete Braun erkundigt sich, wie der aktuelle Stand bzgl. der neuen Gebührensatzung der Feuerwehr sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bruchköbel in der Überarbeitung befinde. Anhand des Planes ist eine leistungsfähige Feu-

erwehr aufzustellen (vgl. §3 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes). Die Erstellung der Feuerwehrgebührensatzung erfolge nach der Feststellung des BEP durch die Stadtverordnetenversammlung. Somit werde eine standortorientierte Erstellung der Feuerwehrgebührensatzung nach aktueller Rechtslage gewährleistet.

Stadtverordnete Braun fragt weiterhin an, was mit dem runden Tisch bzgl. der Feuerwehren sei. Der Vorsitzende Sliwka merkt an, dass dies im 1. Quartal 2017, nach den Haushaltsberatungen in Augenschein genommen wird, wenn der Bedarfs- und Entwicklungsplan vorliegt.

Stadtverordneter Ringel möchte wissen, warum die Abschreibungen vom Jahr 2015 – 2017 im Bereich der Feuerwehr schwankend sind.

Die Antwort lautet, dass es sich hier zum größten Teil um die Abschreibungen der Fahrzeuge handelt. Der Ansatz ist im Gegensatz zu 2015 deshalb geringer, da hier einige Fahrzeuge abgeschrieben wurden. Der Ansatz 2016 war schlichtweg zu gering und wurde im Jahr 2017 entsprechend angepasst.

Stadtverordnete Förster-Helm fragt nach Synergieeffekten in den Sach- und Dienstleitungen.

Der Bürgermeister antwortet, dass man hier erst den Bedarfs- und Entwicklungsplan abwarten sollte.

Stadtverordnete Förster-Helm fragt weiter nach den Investitionen in Höhe von 505.000,00 Euro.

Herr Brede verweist auf das Investitionsprogramm.

Stadtverordneter Hormel stellt die Frage, weshalb eine Steigerung auf 13.608,00 € im Bereich Pflege von Städtepartnerschaften (Produkt 04281100) vorliegt, obwohl nur rund 3.500,00 € laut Jahresabschluss 2015 benötigt wurden. Es wird um Begründung gebeten.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Städtepartnerschaften ab 2016 intensiviert wurden, welches mehr Kosten verursacht habe und zukünftig verursachen werden.

Stadtverordneter Baier bittet um Begründung, weshalb die Personalkosten im Bereich Kulturförderung, Heimatpflege (Produkt 04281200) über 52.000,00 € betragen, obwohl nur es nur eine Stelle nach TVÖD 8 gäbe.

Herr Serchen erklärt, dass in dem Betrag von 53.263,00 € auch Beiträge für Sozialversicherungen und Zusatzversorgung enthalten seien. Die Angabe sei so korrekt.

Stadtverordneter Baier stellt das Produktkonto 04291000, Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften, in Frage. Entweder sei das Produktkonto überflüssig, da lediglich eine interne Aufwendung mit 206,00 € vorliege, oder die internen Leistungen, Abrechnungen Jahresdefizit-Ausgleich, Hilfeleistungen Bauhof etc. nicht in Ansatz gebracht worden seien.

Herr Brede antwortet, dass die KLR ab dem 01.01.2017 eingeführt worden sei. Eine Aufteilung der Kosten sei noch in Arbeit und erfolge im Laufe des 1. Halbjahres 2017. Sobald die Aufteilungsschlüssel endgültig exakt ermittelt sind, werden diese im Haushalt eingearbeitet. Dies erfolge dann für den Haushalt 2018. Die Verwaltung bittet, das Ergebnis abzuwarten. Sollten wirklich keine Kosten oder Erlöse anfallen, kann das Produkt im übernächsten Haushalt entfallen.

Stadtverordneter Ringel bittet um Erklärung, wie sich der Betrag i. H. v. 168.423,00 € im Bereich Unterbringung Asylbewerber (Produkt 05315500) zusammensetze, da laut Stellenplan 2 Stellen vorgeesehen seien.

Herr Serchen gibt an, dass das Produkt 05315500 Unterbringung von Asylbewerber drei Stellen bei einem Personalaufwand i. H. v. 168.423,00 € beinhalte.

Stadtverordnete Braun fragt nach der Zusammensetzung des geplanten Aufwands für Sach- und Dienstleistungen des Camps (Asyl) und ob tatsächlich keine weiteren Investitionen geplant seien.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich die Kosten des Camps auf 750.000 € belaufen (Security 300.000 €, Integrationspauschale 180.000 €, Umzüge und Sanierungen 20.000 €, Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Instandhaltung für 250.000 €). Der angemietete Wohnraum, die Betriebskosten und der Strom belaufen sich auf ca. 385.000,00 €. Weitere Investitionen seien momentan nicht geplant.

Stadtverordneter Hormel bittet um Erklärung, warum im Bereich Unterbringung der Asylbewerber (Produkt 05315500) ein Minus von 302.000 € ausgewiesen sei und informiert sich nach dem Gesamtbetrag. Des Weiteren wird die Frage gestellt, wie hoch der Ertrag/Aufwand für Bruchköbel, siehe auch Wohnraumversorgung, Produkt 05351020, sei.

Es seien keine internen Leistungsbeziehungen/innere Verrechnungen dargestellt. Es wird um Begründung gebeten.

Herr Brede antwortet, dass alle Erträge und Aufwendungen im Bereich der Wohnraumversorgung in das Produkt Unterbringung von Asylbewerbern verschoben wurde. Dies war ja auch Wunsch der Stadtverordneten. Das Minus entsteht deshalb, da der Main-Kinzig-Kreis nicht alle Aufwendungen übernimmt. Die internen Leistungsverrechnungen wurden wie schon erwähnt erst ab dem Haushalt 2018 mit eingearbeitet. Allerdings werden hier tatsächlich, dann entsprechende Kosten, z.B. für das Camp, berücksichtigt. Erst dann ist eine Gesamtkostenaufstellung möglich.

Stadtverordneter Ringel möchte gerne wissen, wie es zu einer Reduzierung der Personalangelegenheiten im Bereich sonstige soziale Angelegenheiten (Produkt 05351010) um 170.000 € von 461.000 € im Jahr 2016 auf 291.000 € im Jahr 2017 kommen könne.

Herr Serchen teilt mit, dass für den Haushalt 2017 aus dem Produkt 05351010 Sonstige soziale Angelegenheiten zwei Stellen nach 05315500 Asylangelegenheiten und eine Stelle nach 01111130 Frauenförderung verlagert worden seien. Die Personalkosten im Produkt 05351010 Sonstige soziale Angelegenheiten fallen daher entsprechend niedriger aus.

Stadtverordneter Ringel stellt die Frage, weshalb das Produkt 05351020 Wohnraumversorgung auf null gesetzt wurde und ob es an anderer Stelle Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau gäbe. Die Antwort lautet, dass das Produkt vorher nur Asylangelegenheiten betraf und jetzt auf dem separaten Produkt zu finden sei.

Stadtverordneter Ringel fragt nochmals, ob es für den sozialen Wohnungsbau, keine Ansätze gibt. Der Bürgermeister verneint dies.

Stadtverordnete Braun bittet um Erläuterung des positiven Ergebnisses im Jahr 2016 der Wohnraumversorgung.

Der Bürgermeister erklärt, dass man von steigenden Zahlen der Asylbewerber – somit auch von steigenden Einnahmen – ausgegangen sei. Dies sei bekannter Weise nicht eingetreten.

Stadtverordneter Blum bittet um Erläuterung, wie es zu einer Reduzierung im Bereich Kinder,- Jugend- und Familienhilfe (Produkt 06361010) der privatrechtlichen Leistungsentgelte von 314.020 € auf 9.500 € komme.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich die Verpflegungspauschale gem. neuer Gebührensatzung bei den öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten befinde. Es wurde eine Verschiebung vorgenommen. Außerdem informiert sich die Fraktion, wie sich die Kostenersatzleistungen von 67.167 € auf 567€ reduzieren könne.

Dies sind Kostenerstattungen vom Land nach dem Hessischen Kinderförderungsgesetz. Diese werden seit 2012 auf dem Konto 54210000 gebucht. Dies wurde im Haushalt 2017 entsprechend korrigiert.

Da sich das Verwaltungsergebnis auf 420.204 € trotz Gebührenerhöhung verschlechtert hat, erkundigt sich Bündnis 90/Die Grünen für gegenwirkende Maßnahmen.

Der Bürgermeister antwortet, dass 270.000 € mehr Personalkosten zu Grunde liegen. Ein Entgegenwirken könne nur durch eine Gebührenerhöhung erfolgen.

Stadtverordneter Baier merkt an, dass die Produktbeschreibung zu lang sei. Der Bürgermeister entspricht diesem gerne.

Stadtverordneter Blum erkundigt sich nach der Verwendung der Gesamtsumme von 142.068 € im Bereich Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen (Produkt 06362010).

Der Bürgermeister erläutert, dass die Zuschüsse der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel im Jahr 2015 den Betreuungsvereinen zu Gute gekommen seien. Daher war der Zuschussbedarf nicht so

hoch. Dem Betreuungsverein Orkalanda seien 60.000 €, dem Betreuungsverein Buntstifte 50.000 €, sowieso der Katharina-Von-Bora-Schule 30.000 € zu Gute gekommen.

Stadtverordneter Blum stellt fest, dass für die Spielplätze 43.377 Euro aufgewendet werden. Immerhin 34.524 Euro mehr als 2016. Trotzdem ergibt das gerademal pro Spielplatz 1.314 Euro. Wie soll bei dieser Summe das Ziel der Förderung von Kindern realisiert werden?

Der Bürgermeister antwortet, dass dies in der Tat nicht viel ist, allerdings werden die Spielgeräte durch den TÜV geprüft und entsprechende Mängel beseitigt. Der Ansatz wurde schon um ca. 35.000,00 Euro zum Jahr 2016 erhöht, um den Aufgaben gerecht zu werden. Eine weitere Erhöhung ist nicht notwendig.

Des Weiteren wird von Bündnis 90/Die Grünen die Frage gestellt, wofür die Investition i. H. v. 32.000 € im Produkt 06366010 genutzt werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass 20.000 € für die Anschaffung von Spielgeräten für öffentliche Spielplätze und 12.000 € für die Anschaffung von Spielgeräten für Kita-Spielplätze genutzt werde. Des Weiteren sind Mittel vom KIP Programm dafür vorgesehen.

Stadtverordneter Blum möchte des Weiteren gerne wissen, weshalb sich die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, sowie besondere Finanzaufwendungen im Bereich Sportförderung (Produkt 08421000) von 27.000 € auf 16.188 € reduzieren.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Ansatz an die tatsächlichen Ist-Zahlen aus 2015 angeglichen worden sei. Weitere Zuschüsse seien nicht angedacht.

Stadtverordneter Blum nimmt Bezug auf die Ertragssteigerung von 40.000 € und Aufwandserhöhung von 29.000 € im Bereich Sportförderung (Produkt 0842400). Die Partei regt an, dass die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten den Verein von 100% ausgeschüttet werden solle.

Der Bürgermeister erläutert, dass das Produkt sowieso schon defizitär sei. Eine Bezuschussung durch die Stadt sei somit sowieso schon gegeben.

Stadtverordneter Hormel erkundigt sich nach der Begründung für die Steigerung der ordentlichen Aufwendungen um fast 80.000 € von 2015 nach 2017 im Bereich Betrieb von Sportstätten (Produkt 08424000). Es wird die Frage gestellt, wo das angekündigte Konzept zur Einsparung bzw. Neuorganisation sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass die MKK- Abrechnungen für die Zweifeldhalle bis 2014 bereits bezahlt worden sei. Für 2015 und 2016 erfolge die Abrechnung durch den Main-Kinzig-Kreis noch. Von den vergangenen Jahren ist mit Zuschussbeträgen pro Jahr von 42.000 € auszugehen. Bezüglich des Vereinskongresses ist gerade die Bestandsaufnahme in Arbeit. Es soll dann auch einen runden Tisch mit den Vereinen geben.

Stadtverordneter Baier bittet um Begründung, weshalb sich das Jahresergebnis im Bereich Betrieb von Badeeinrichtungen (Produkt 08424020) nach ILV verschlechtert, obwohl sich das Defizit im Eigenbetrieb verringern solle.

Es wird erklärt, dass die KLR ab dem 01.01.2017 eingeführt worden sei. Eine Aufteilung der Kosten sei noch in Arbeit und erfolge im Laufe des 1. Halbjahres 2017. Sobald die Aufteilungsschlüssel endgültig exakt ermittelt sind, werden diese im Haushalt eingearbeitet. Des Weiteren wurde der Zuschussbetrag an den Wirtschaftsplan angepasst.

Stadtverordneter Hormel informiert sich über die Entwicklung der Erträge aus Zuweisungen im Bereich der räumlichen Stadtplanung (Produkt 09511000) und bittet um Erläuterung.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Zuweisung der Stadt Erlensee bzgl. Grund- und Gewerbesteuer des Zweckverbandes Fliegerhorst zu Grunde gelegt werde. Es sei mit steigenden Gewerbesteuer-einnahmen zu rechnen.

Es folgte eine rege Diskussion, insbesondere ob die Erträge und Aufwendungen bzgl. der Stadt Erlensee i. V. mit dem Zweckverband Fliegerhorst, in dieses Produkt gehört.

Es wurde zugesagt, dass man die Produktbeschreibung entsprechend ergänzt.

Stadtverordneter Baier fragt über die Entwicklung der Personalaufwendungen im Bereich der Bauverwaltung (Produkt 10521000).

Der Bürgermeister erläutert, dass die Personalkosten niedriger ausfallen, da insgesamt 5 Stellen mit den entsprechenden Personalaufwendungen in folgende Punkte verlagert worden seien:

11538000 Kanalisation, 10522000 Planung, Bau und Unterhaltung von Gebäuden, 12541000 Bewirtschaftung von öffentlichen Verkehrsflächen, 0951000 räumliche Städteplanung.

Stadtverordnete Braun fragt, ob es Pläne für die längst überfällige und immer wieder angedachte Verlagerung des Bauhofes im Stadtgebiet Bruchköbel gäbe. Außerdem wird die Frage gestellt, mit welchen Einnahmen man rechnen könne, wenn das Gelände des jetzigen Bauhofes für die Wohnbebauung veräußert werde.

Der Bürgermeister antwortet, dass es hier schon Pläne gibt. Die Investitionen würden sich auf 3,5 Mio. – 4,0 Mio. Euro belaufen. Anfragen für die Wohnbebauung wären schon vorhanden. Allerdings muss man beachten, dass man nicht zu viele Projekte gleichzeitig realisieren kann. Dies hätte ja auch immerhin finanzielle Auswirkungen. Die Nettoneuverschuldung 0 sei mit der Innenstadt sowieso nicht zu erreichen. Da sollte man so ein Projekt nicht auch noch versuchen zu realisieren. Dies sollte vielleicht im Präsidium mal besprochen werden.

Stadtverordneter Hormel stellt das Produkt Planung und Durchführung Baugebiet „Am Kuhweg“ (Produkt 10522100) in Frage und informiert sich, ob das Produkt noch erforderlich sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Produkt bestehen bleiben müsse, da weitere investive Ausgaben erfolgen werden.

Des Weiteren fragt der BBB, ob das Produkt 10522200 Planung und Durchführung Baugebiet „Am Bruchköbler Weg“ noch erforderlich sei. Die Antwort hierauf wurde verneint. Es wurde erklärt, dass das Produkt auf 0 gesetzt und in der Änderungsvorlage berücksichtigt werde.

Stadtverordnete Braun fragt, ob es noch Abschreibung für das Rathaus gäbe.

Es wird geantwortet, dass der Restbuchwert 338.370€ betrage. Insgesamt mit Bürgerhaus, Seniorentreff, Parkdeck sei im Jahr 2018 ein Restbuchwert i. H. v. 830.762€ eingeplant (10522000/79110000).

Daraufhin wird die Frage gestellt, warum in der Gesamtplanung nicht die Summe von jetzt aktuell 19.000.000 €, sondern 14.000.000 € von Stand Anfang 2016, eingearbeitet worden sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies in der Änderungsvorlage berücksichtigt wird und die Erhöhung entsprechend auf die Jahre 2018 und 2019 gleichermaßen verteilt wird. Die 19.000.000 € standen bei der Einbringung des Haushaltes noch nicht fest.

Stadtverordnete Braun möchte weiterhin wissen, welches die Ergebnisauswirkungen des Projektes „Innenstadt“ für den Haushalt sind. Warum erfolgt hier nur die Darstellung von Investitionen ohne eine Ergebnisübersicht? Umzugskosten, Miete, Finanzierungskosten und auch in Teilen der Abriss gehören doch in eine Ergebnisübersicht.

Es wird erläutert, dass die Umzugskosten in Höhe von 100.000,00 Euro eingeplant sind. Diese allerdings im Produkt 10522000. Weiterhin werden die Mietkosten noch ermittelt. Dies wird alles in der Änderungsvorlage der Verwaltung erfolgen.

Herr Baier fragt an, ob die Beratungs- und Planungskosten eingeplant sind?

Es wurde geantwortet, dass diese im Jahr 2016 bei dem Produkt Stadtmarketing im investiven Bereich eingeplant waren und ab 2017 im Produkt „Planung und Durchführung Innenstadtentwicklung“ in den 4.330.000,00 Euro enthalten sind.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragen, wofür die Baumaßnahme für 900.000 € im Bereich Ver- und Entsorgung gedacht sei.

Der Bürgermeister erläutert, dass 750.000€ für die Entlastungsanlage Niederissigheim (Windecker Weg) und 150.000€ für den allgemeinen Kanalbau (siehe Investitionsprogramm) benötigt werde.

Stadtverordneter Hormel fragt nach dem deutlichen Rückgang für Sach- und Dienstleistungen, im Gegenzug des deutlichen Anstiegs bei Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, gebeten. Weiterhin wird um Erläuterung der Erlöse und Kosten aus internen Leistungsbeziehungen gebeten.

Herr Schutt antwortet, dass bei den Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2015 Kanalarbeiten durchgeführt worden sind, die nicht alle Jahre anfallen (z.B. Kanalreinigung, Kanalsanierung), daher ist hier ein Mehraufwand zu verzeichnen gewesen. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen sind die Erstattungen an Hanau und Neuberg bzgl. der Kläranlage zu verbuchen. Hier sind Abrechnungsverchiebungen vom Jahr 2015 in die Folgejahre geschehen, aufgrund verspäteter Rechnungsstellung. Die Erlöse betreffen die versiegelten Flächen, welche als Belastung im Straßenbau wieder zu finden sind. Die Kosten beziehen sich auf die kalkulatorischen Zinsen und Personalkosten aus anderen Produkten.

Stadtverordnete Förster-Helm möchten gerne wissen, weshalb die Personalkosten im Bereich Ver- und Entsorgung (Produkt 11538000) auf ca. 90.000 € steigen, obwohl diese bisher 0 betragen. Es wird gefragt, wer anders zugeordnet werde.

Herr Serchen antwortet, dass die Personalaufwendungen für Stelle nach EG 12 vom Produkt 10521000 Bauverwaltung nach Produkt 11538000 Kanalisation verschoben worden sei.

Stadtverordnete Förster-Helm fragt bei dem Produkt Betrieb von Straßenbeleuchtung nach, ob die Umstellung auf LED keine Einsparungen bringen.

Herr Schutt antwortet, dass sich dies schon im Jahr 2015 ausgewirkt hat. Deshalb sieht man in den Jahren 2015 – 2017 keine nennenswerten Änderungen. Die Einsparungen dieser Maßnahme hat damals eine Entlastung von ca. 100.000,00 Euro gebracht.

Stadtverordneter Hormel stellt die Frage, weshalb die privatrechtlichen Leistungsentgelte von rund 395.000 € in 2015 auf 660.000 € in 2017 im Bereich Förderung des ÖPNV (Produkt 12547000) steigen.

Des Weiteren wird der Anstieg der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Bereich ÖPNV von 826.025 € (Ergebnis 2015) auf 957.500 € (Ansatz 2016) und weiter auf 1.537.500 € im Ansatz 2017 in Frage gestellt.

Der Bürgermeister antwortet, dass gemäß dem geschlossenen Verkehrsvertrag zwischen der KVG und der Stadt Bruchköbel Preiserhöhungen durch die Busbetriebe jährlich möglich und statthaft seien. In den Jahren 2015/2016 seien die Ansätze für den ÖPNV gleich geblieben (940.000 €) und nicht erhöht worden, obwohl dieser Mittelansatz deutlich unter den Rechnungsergebnissen der Vorjahre liege und sich somit ein Defizit aufbaue. Für das Jahr 2015 mussten für die Busverkehre 1.053.596,30 € bezahlt werden, allerdings standen nur 940.000 € zur Verfügung. Da Rechnungen nicht gesplittet werden können, wurden die Rechnungen für das 4. Quartal 2015 i. H. v. 229.526 € im Haushaltsjahr 2016 gebucht. Ein Haushaltsausgaberecht von 116.474 € sei auf dem Produktkonto im Jahr 2015 verblieben. Für das Jahr 2016 standen 940.000 € zur Verfügung, tatsächlich benötigt wurden 1.030.116 €; es entstehe wiederum ein Defizit von 90.116 € plus den Kosten, die noch aus dem Vorjahr im Haushaltsjahr (229.526 €) mit beglichen werden mussten. Es fehlten für das Haushaltsjahr 2016 insgesamt 319.642 €.

Eine Mittelübertragung von 2015 auf 2016 sei im Ergebnishaushalt rechtlich nicht möglich. Geht man für das Jahr 2017 mit einer weiteren Kostensteigerung für die Busverkehre aus, wurden vorsorglich ausreichend Mittel beantragt, um nicht wieder Defizite erst im darauffolgenden Haushaltsjahr begleichen zu müssen. Die Rechnung für das 4. Quartal 2016 erfolgt erfahrungsgemäß erst im Februar des Folgejahres, wo der Jahresabschluss schon fertiggestellt wird und daher nicht mehr in das Jahr 2016 gebucht werden kann.

Stadtverordneter Ringel erwähnt, dass er es nicht verstehen kann, dass man hier der KVG nachgibt, obwohl diese nicht im Recht sind. Erst müsse eine Ankündigung über die Erhöhung erfolgen. Er geht davon aus, dass dies nie geschehen ist. Es folgte eine rege Diskussion, ob die Erhöhung seitens der KVG zulässig sei. Der Bürgermeister erwähnt, dass die Erhöhungen bezahlt werden müssen. Stadtverordneter Hormel meint, dass hier ein Nachtrag hätte gemacht werden müssen und die Schülerbeförderung vom Main-Kinzig-Kreis zu tragen ist. Stadtverordneter Rechholz erwähnt, dass hier die Verträge vorgelegt werden müssen, damit beurteilt werden kann, was korrekt ist. Der Bürgermeister stimmt dem zu. Die Verträge sollen im Arbeitskreis ÖPNV vorgelegt werden.

Stadtverordnete Braun fragt, wie hoch die zusätzlichen Kosten für die Zeit der Umleitung wegen der Baumaßnahme Kirlbrücke, im Bezug auf den ÖPNV, gewesen seien.

Der Bürgermeister erläutert die Kosten für die Busumleitung wegen dem Neubau der Kirlebrücke. Die Rechnungen der Monate März und April belaufen sich auf 8.885,92 €; die Rechnungen der Monate Mai, Juni und Juli auf 24.855,80 €, die Monate August und September auf 16.956,07 € und der Oktober auf 8.113,63 €. Insgesamt liegen hier Aufwendungen i. H. v. 58.811,42 € vor. Die Rechnungen für November und Dezember fehlen noch. Geschätzt werden es Gesamtkosten für die 9 Monate von ca. 76.500,00 Euro.

Stadtverordnete Förster-Helm fragt, bei dem Produkt Betrieb und Unterhaltung von öffentlichen Grünflächen warum in den Personalaufwendungen nur 5.439 Euro stehen.

Herr Serchen antwortet, dass 2 Stellen zum Bauhof verlagert worden sind. Die 5.439 Euro sind Beiträge für die Berufsgenossenschaft.

Stadtverordneter Baier fragt nach dem deutlichen Anstieg des negativen Jahresergebnisses im Bereich Friedhofs- und Bestattungswesen (Produkt 13553000) und welche Maßnahmen ergriffen werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass je nach Anzahl von Bestattungsfällen mit bestimmten Bestattungsarten und bestimmten wahlfreien Leistungen eine mehr oder weniger deutliche Abweichung von der Kalkulation entstehen könne, denn die Kostenseite bleibe praktisch unverändert. Eine Ingesamt-Neukalkulation könne aufgrund der Verpflichtungen zur Kostendeckung in diesem Bereich immer wieder entstehen. Falls die Stadtverordnetenversammlung dies wünscht, kann dies für den Haushalt 2018 wieder vorgesehen werden. Eine deutliche Anpassung des Preises einzelner Bestattungsarten bzw. bestimmter wahlfreier Leistungen sei dann zu erwarten. Eine Neukalkulation ist normalerweise alle fünf Jahre zu erstellen.

Stadtverordnete Förster-Helm fragt an, ob im Bereich Förderung der Waldbewirtschaftung und Landwirtschaft eine falsche Zielsetzung vorliege. Per Beschluss 2015 sei die Holzwirtschaft rausgenommen worden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass diese Frage derzeit noch im Ausschuss behandelt werde. Das Ergebnis sei offen.

Stadtverordnete Braun fragt, warum es im Bereich der Wirtschaftsförderung keine Entlastung bei den Kosten gäbe, da nun das Produkt Innenstadt vorhanden sei. Bisher wurde die Erhöhung des Budgets im Bereich Wirtschaftsförderung mit dem Projekt Innenstadt begründet.

Der Bürgermeister erläutert, dass die investiven Auszahlungen der Wirtschaftsförderung für den Bereich der Innenstadt entsprechend gemindert und im Produkt Innenstadtentwicklung berücksichtigt wurden. Die Änderung habe nichts mit dem Aufwand zu tun.

Stadtverordneter Blum möchte wissen, für was die im Bereich Wirtschaft- und Tourismus (Produkt 15571000) im Finanzhaushalt angesetzten 60.000 € für die Auszahlung von Erwerb von Grundstücken und Gebäuden ausgegeben werden sollen.

Der Bürgermeister antwortet, dass in dem Produkt 15571000 die Kosten für die historische Stadtbilderung, sowie einheitliche Stadt- und Gewerbebeschilderung geplant seien.

Stadtverordnete Braun fragt, ob die überarbeitete Gebührensatzung bzgl. der Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen noch Bestandteil des Haushaltes 2017 werde.

Der Bürgermeister antwortet, dass dieser nicht Bestandteil werde. Dieser müsse erst noch vom Magistrat erarbeitet werden.

Stadtverordneter Blum fragt nach dem Betrieb des Ratskellers, da hier keine Einnahmen eingeplant wurden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Konzept seitens der Bauabteilung erarbeitet wird (Denkmalschutz, Brandschutz, Kostenermittlung). Eine endgültige Zusage bzgl. des KIP Programmes ist noch nicht erfolgt.

Stadtverordneter Ließmann möchte wissen, ob der Ratskeller dieses Jahr noch fertig wird.

Herr Entzel gibt zu verstehen, dass erst der Geschichtsverein ins Spielhaus umziehen muss, dann werden erst weitere Planungen gemacht.

Stadtverordneter Ringel möchte gerne wissen, warum bei den allgemeinen Einrichtungen der Stadt keine Einnahmen geplant sind. Wo werden die Einnahmen für die Vermietung der Seniorentreffs gebucht?

Der Bürgermeister teilt mit, dass diese bei den sozialen Einrichtungen für Senioren gebucht werden.

Stadtverordneter Baier bittet um Erklärung der Entwicklung der Gewerbesteuer und insbesondere der Einkommensteuer. Die Relation der Bevölkerungsentwicklung zur Einkommensteuerentwicklung. Die Demografische Entwicklung müsste doch zu einer geringeren Einkommensteuer führen / je älter die Gesellschaft, desto weniger Einkommensteuer.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt Bruchköbel versucht durch neue Baugebiete und Gewerbegebiete, die Einkommens-, sowie die Gewerbesteuer zu erhöhen, trotz der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungsentwicklung sind erst mal statistische Angaben. Die Einkommensteuer wird im Jahr 2016 wahrscheinlich höher sein, als der Ansatz. Allerdings fehlt noch die Schlusszahlung für das Jahr 2016.

10.	Verschiedenes
-----	---------------

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Stadtverordneter Thomas Sliwka schließt die Sitzung des Haupt - und Finanzausschusses um 22:10 Uhr und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für Ihre Teilnahme.

Thomas Sliwka
Ausschussvorsitzender

Jens Brede
Stellv. Schriftführer